

Textwiedergabe in Thesenform

Tante Elfriede und die Taliban

Immer mehr Menschen haben das Gefühl, die Bundeswehr sollte sich auch aus Afghanistan zurückziehen

Von Kurt Kister

In der Bundesrepublik ist es häufiger vorgekommen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in militär- und sicherheitspolitischen Fragen zeitweise anderer Meinung war als die amtierende Regierung. Das begann zur Zeit Konrad Adenauers, als zunächst die Majorität der Deutschen die „Wiederbewaffnung“ ablehnte, ging weiter über Helmut Schmidt (Nachrüstung) und erstreckt sich bis Angela Merkel (die Bundeswehr in Afghanistan). Keine dieser Differenzen zwischen Volk und politischer Elite hat je eine Wahl entschieden. Es gibt eher Beispiele dafür, dass den Wählern Außenpolitik im Vergleich zu anderen Themen so wenig wichtig ist, dass bei Wahlen sogar jene Parteien gestärkt wurden, die dezidiert anders wollten als die zeitweilige Mehrheit des Volkes. Die SPD etwa, abgesehen vom Nachrüstungs-Kanzler Schmidt, stand 1982/83 an der Seite der Bevölkerung („wir wollen Reagans Raketen nicht“); gewählt aber wurden die Union und der Raketenfreund Kohl.

Beim Afghanistan-Engagement ist die Mehrzahl der Abgeordneten für den Verbleib der Bundeswehr im Rahmen des Aufbaueinsatzes Isaf, der von einschlägigen UN-Resolutionen gedeckt ist. Wachsende Skepsis dagegen gibt es über die weitere Bereitstellung deutscher Soldaten für die Operation Enduring Freedom (OEF). Die

dient unter US-Führung der Bekämpfung der Taliban, also jener kriegerischen Bewegung, die bis 2001 in Kabul regierte und al-Qaida entscheidend unterstützte. Die Nato wertete die Anschläge vom 11. September 2001 einhellig als Angriff auf ihr Mitglied USA; der Bundestag stimmte dieser Sicht mehr als einmal mit großer Mehrheit zu. Anfang Juli bestätigte auch das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit der Beteiligung deutscher Soldaten an beiden Einsätzen, Isaf und OEF.

Natürlich gibt es unter den vielen, die den deutschen Einsatz in Afghanistan ablehnen, auch etliche, die das mit differenzierten Argumenten tun – speziell was OEF und die Tornados angeht. Größer allerdings scheint die Zahl jener zu sein, die längst die eigentlichen Gründe der komplexen Lage – die dauerhafte Beseitigung eines mit Gewalt an die Macht gekommenen, die Menschenrechte verhöhrenden Regimes – verdrängt haben. Das häufig zu hörende und wohl wirkmächtigste Argument richtet sich gegen den ursprünglich Angegriffenen: Deutschland dürfe nicht den Krieg der Amerikaner führen. Zwischen OEF und Isaf wird dabei oft nicht mehr unterschieden. Die Regierung Bush hat durch ihr desaströses Vorgehen im Irak das Vertrauen ins Handeln Washingtons, aber auch die Reputation der USA insgesamt so beschädigt, dass es schon ausreicht, die Assoziationskette Bush – Irak – Afghanistan auch

nur anzudeuten. Nicht der Einsatz, das Verweilen ist umstritten

Nicht der lange Einsatz der Bundeswehr wird von vielen Gegnern als das Problem gesehen (Eufor in Bosnien etwa ist kaum umstritten), sondern das Verweilen an der Seite der Amerikaner. Mit der Dauer der Debatte verbreitet sich auch die vulgär-historische Bildung. Vom Balkan wusste man, dass „die seit Jahrhunderten aufeinander einschlagen“; von Afghanistan weiß nun auch Tante Elfriede, dass weder die Engländer noch die Russen dieses Land je befrieden konnten. Zwar denkt immer noch eine Mehrheit der Deutschen, dass Hilfe, also der Bau von Schulen und Brunnen, die Ausbildung von Lehrern und Polizisten, gut ist. Bis vor kurzem gab es deswegen auch eine positive Stimmung gegenüber dem Isaf-Einsatz. Für „Hilfe“ nahm man hierzulande in Kauf, dass man diese Hilfe auch mit der Waffe schützen muss.

Dies hat sich in den letzten Monaten offenbar gewandelt, was auch mit Attentaten und Geiselnahmen zu tun hat. Für eine Mehrheit heißt das Fazit in diesem Sommer: Wenn die sich nicht helfen lassen wollen, dann gehen wir eben. In den USA nennt man so eine Stimmung: Bring the boys back home. Was hinterher dort geschieht, von wo aus die boys abziehen, ist den Heimholern ziemlich egal.

Erschienen am Dienstag, 24. Juli 2007
in der **Süddeutschen Zeitung**.